

SCHREIBEN SIE AN DEUTSCHE POLITIKER!

Schon während des Zweiten Weltkriegs wurden ähnliche Waffen wie die heutige Streumunition eingesetzt – durch die deutsche Armee in Großbritannien. Die so genannten „Butterfly-Bomben“ gelten als Vorläufer der heutigen Streubomben.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die deutsche Armee jedoch keine Streumunition mehr verwendet. Aber die Bundeswehr lagert große Mengen Munition und Abwurfssysteme dafür. Die Bestände der Bundeswehr stammen weitgehend von deutschen Firmen: von Diehl, Rheinmetall, EADS...

Seit 2006 bewegt sich etwas in der Politik

Das Verteidigungsministerium hat im Sommer 2006 beschlossen:

- ab sofort keine Neubeschaffung von Streumunition
- Ausmusterung der Munition mit besonders hohen Fehlerquoten
- langfristige Entwicklung von alternativen Waffen

Das Parlament hat im Herbst 2006 beschlossen (mit den Stimmen der Regierungsparteien - gegen FDP, Grüne und Linke, die alle ein völliges Verbot fordern):

- „Gefährliche Streumunition“ soll in Deutschland verboten werden – d.h. Streumunition mit Fehlerquoten über 1%

Das reicht nicht!

- Jede Streumunition ist gefährlich! Fehlerquoten werden unter unrealistischen Bedingungen getestet: In Wirklichkeit sind sie viel höher
- Auch moderne Selbstzerstörungsmechanismen funktionieren oft nicht: Im Libanon wurden 2006 zahlreiche explosive Blindgänger gefunden, deren Selbstzerstörungsmechanismus nicht funktioniert hatte.
- Auch 1% Blindgänger wären noch viel zu viele: Im Libanon wurden 4 Millionen Submunitionen abgeworfen – 1% davon wären immer noch 40.000 todbringende Blindgänger!
- Alternative Munition, in denen die deutsche Regierung die Zukunft sieht, soll mit Suchzündern ausgestattet sein, die z.B. Wärme erkennen. Aber auch so können zivile Ziele wie Traktoren oder Flüchtlingstrecks getroffen werden.

2007 begann der internationale Oslo-Prozess

- Bei den UN-Verhandlungen in Genf wurde bisher nicht über ein mögliches Verbot von Streumunition verhandelt, da Staaten wie die USA, Russland und China dagegen stimmen.
- Deshalb unterstützt die deutsche Regierung den Oslo-Prozess außerhalb der UNO, in dem sich über 50 Staaten zusammengeschlossen haben, um über ein Verbot zu diskutieren.
- Aber auch hier setzt die deutsche Regierung immer noch auf technische Lösungen, also niedrige Fehlerquoten – außerdem auf Fristen von mindestens 10 Jahren bis zu einem Ausstieg von Streumunition.

Das reicht nicht!

- Wie kann man 10 Jahre lang eine Waffe zulassen, die man als barbarisch erkannt hat?
- Diese Frist wäre geradezu eine Aufforderung dazu, alte Bestände billig loszuwerden – indem sie eingesetzt werden.
- Allein in den letzten 10 Jahren sind im Kosovo, in Afghanistan, im Irak, in Tschetschenien, im Libanon Millionen von Streumunitionen eingesetzt worden.



Nur ein schnelles Verbot aller Streumunition kann die Zivilbevölkerung schützen!

Die Politikerinnen und Politiker müssen merken, dass die Bevölkerung sich für ein Verbot von Streumunition stark macht.

Deshalb:

- **Schreiben Sie einen Brief** an einen oder mehrere der unten genannten Personen!
(Wichtig: Unbedingt mit von außen sichtbarem Absender, da ihre Briefe sonst ungelesen aussortiert werden.)
- **Schreiben Sie schon bald!** Ab 12. November 2007 und ab 4. Dezember 2007 in Wien finden wichtige Konferenzen statt – der Protest sollte möglichst vorher bei den entscheidenden Politikerinnen und Politikern ankommen.
- **Nutzen Sie unsere Argumente** – aber schreiben Sie ganz persönlich, bleiben Sie jedoch immer sachlich! Persönliche Briefe wirken stärker als Massensendungen oder E-Mail. Sie werden in der Regel von den Politikerinnen und Politikern beantwortet.
- **Fordern Sie:**
 - + Deutschland soll sich international für ein schnelles und vollständiges Verbot von Streumunition einsetzen!
 - + Deutschland soll dem Vorbild von Belgien und Österreich folgen und Streumunition auf nationaler Ebene vollständig verbieten!
- **Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Briefes und möglicher Antworten:**
Handicap International, Ganghofer Str. 19, 80339 München
oder an kampagne@handicap-international.de

Nur mit vereinten Kräften können wir etwas bewirken! Vielen Dank!

Bundesminister der Verteidigung
Dr. Franz Josef Jung
Bendlerblock
10785 Berlin

Bundesminister des Äußeren
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

(Sprecher der SPD-Fraktion
für Abrüstung, Rüstungskontrolle
und Nichtverbreitung)
Dr. Rolf Mützenich
Mitglied d. Dt. Bundestags
Platz der Republik I
11011 Berlin

(Sprecher der CDU/CSU-Fraktion
für Abrüstung, Rüstungskontrolle
und Nichtverbreitung)
Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg
Mitglied d. Dt. Bundestags
Platz der Republik I
11011 Berlin

(Die Vorsitzende des zuständigen Ausschusses für Abrüstung im Bundestag)
Uta Zapf
Mitglied d. Dt. Bundestags
Platz der Republik I
11011 Berlin

Ebenso ist es sehr wirkungsvoll, wenn Sie zusätzlich einen Brief an Ihre(n) Wahlkreis-
Abgeordnete(n) schicken und sie /ihn nach Ihrer Haltung in dieser Sache fragen.
Sie finden deren Namen auf der Webseite des Deutschen Bundestages unter www.bundestag.de,
dort unter „Abgeordnete“, dort „Abgeordnete nach Wahlkreis“ oder direkt unter
<http://www.bundestag.de/mdb/wkmap/index.html>

Hinter jeden Namen folgt der Zusatz Mitglied d. Dt. Bundestags.
Die Adresse ist ebenfalls einheitlich Deutscher Bundestag, Platz der Republik I, 11011 Berlin